

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 38 (1959)
Heft: 2

Artikel: Die Sozialdemokratie vor neuen Aufgaben
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Redaktionelle Mitteilung

Mit der heutigen Nummer übernimmt gemäß Beschluß der Geschäftsleitung der SPS Genosse Dr. Benno Hardmeier, der neugewählte Zentralsekretär der SPS, die Mitredaktion an der «Roten Revue» als Nachfolger des ausscheidenden Genossen Jules Humbert-Droz.

Dem Genossen Humbert-Droz möchten wir auch an dieser Stelle für seine langjährige wertvolle redaktionelle Mitarbeit an unserer Zeitschrift den herzlichsten Dank aussprechen.

Redaktion der «Roten Revue»

BENNO HARDMEIER

Die Sozialdemokratie vor neuen Aufgaben

In diesem Artikel werden nicht die unmittelbar bevorstehenden Aufgaben und Aktionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Diskussion gestellt. Es geht vielmehr darum, die langfristigen Aufgaben aufzuzeigen und den künftigen Weg der Sozialdemokratie abzustecken. Dieser Aufsatz ist ein Versuch, Sinn, Wesen und Ziel sozialdemokratischer Politik in großen Zügen und moderner Formulierung zu umschreiben.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu den Idealen der Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität. Diese Leitideen sind nicht nur Wegweiser, sondern auch unerläßliche Prüfsteine für das politische Handeln. Sie haben als Maßstab zu dienen, wenn es gilt, Entscheidungen zu treffen; ohne sie würde man Gefahr laufen, bei institutionellen Änderungen die menschlichen Belange außer acht zu lassen. – Zur Verbesserung und Vervollkommnung unseres demokratischen Staatswesens sind institutionelle Änderungen notwendig, aber nicht die Institutionen, sondern die Menschen haben wir in den Mittelpunkt zu stellen. Die Institutionen sind nicht um ihrer selbst willen da, sie sind für den Menschen da.

Es will mir als Selbstverständlichkeit erscheinen, daß eine Partei, die sich, wie die Sozialdemokratie, eine Umgestaltung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Ordnung, aber auch eine lebendige Form der

menschlichen Beziehungen, ein verantwortungsbewußtes Verhalten der Menschen und eine Erneuerung des kulturellen Lebens als Ziel setzt, daß eine solche Partei sich nicht darauf beschränken kann, bei Entscheidungen über Sachfragen fortschrittliche Lösungen zu präsentieren und diesen zum Durchbruch zu verhelfen. In ihrem ganzen Verhalten, sowohl nach außen als nach innen, muß die Sozialdemokratie eine *fortschrittliche Gesinnung* zum Ausdruck bringen. Ich bin überzeugt, einen Wunsch der jungen Generation auszusprechen, wenn ich sage, es müsse die Sozialdemokratie sein, die unserem politischen Leben ein neues, höheres Niveau setzt. Erreichen lassen wird sich dieses Ziel allerdings nur, sofern die Verpflichtung anerkannt wird, sich selber bewußt und unentwegt darum zu bemühen.

Schon oft ist erklärt worden, die Sozialdemokratie dürfe sich heute nicht mehr aufs Fordern beschränken. Dies ist vollkommen richtig, sollte aber die Sozialdemokratie nicht davon abhalten, mehr als bisher Forderungen an sich selbst zu richten. Eine solche Forderung, die wir an uns selber zu richten haben, damit wir sie dann auch an die andern richten können, geht dahin, politische Auseinandersetzungen im Geiste mutiger *Offenheit, Redlichkeit und Gradlinigkeit* auszutragen. Die Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden ist unbedingt erforderlich, ist sie doch Voraussetzung für eine wirkliche Politik und für das Bestehen einer lebensfähigen Demokratie. Es muß sich aber stets um eine sachliche Auseinandersetzung handeln, wobei der politische Gegner respektiert und nicht als Feind betrachtet wird. Nur wenn beide Seiten eine faire und sachliche Auseinandersetzung wirklich wollen und auf den tendenziösen Gebrauch von Schlagworten verzichten, kann eine Diskussion und aus dieser ein Gespräch entstehen.

Als weitere wesentliche Forderung, die an die Partei zu stellen ist, möchte ich die *Grundsatztreue* nennen. Unter Grundsatztreue ist weder dogmatische Erstarrung noch ideologische Gebundenheit zu verstehen. Meines Erachtens sollte die Sozialdemokratie auf jede Ideologie, wie immer sie sich auch nennen oder tarnen mag, verzichten, denn es gehört zum Wesen einer jeden Ideologie, daß die Gesamtheit des vielgestaltigen Lebens unter einem bestimmten Blickwinkel gesehen wird; statt des Ganzen wird dann nur noch ein Teil erkannt und anerkannt, wobei dieser Teil – und das ist das Verhängnisvolle – als Ganzes genommen wird. Der Sozialdemokratie muß es aber um die umfassende Erkenntnis der Wirklichkeit und um die Erfassung der ganzen menschlichen Existenz gehen. – Wir leben in einer Welt, die voller Gegensätze und Spannungen ist. Zweifellos vergrößern die Ideologien die bestehenden Unterschiede und Differenzen noch, wodurch das friedliche Zusammenleben der Völker und Menschen zusätzlich erschwert wird. Auch aus diesem Grunde scheint es mir angebracht, daß der demokratische Sozialismus auf ideologische Bindungen verzichtet.

Zur Grundsatztreue gehört die Orientierung an den bereits genannten

Idealen. Zur Grundsatztreue gehört ferner das unverbrüchliche Bekenntnis zur sozialdemokratischen Zielsetzung: eine Gesellschaftsordnung, die frei ist von Ausbeutung, von Unterdrückung, von Armut und Not. Es sind jene gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die jedem Menschen die Entfaltung seiner guten Anlagen ermöglichen, die schöpferischen Kräfte freisetzen und durch Überwindung der Selbstentfremdung die Menschen zu einem vollen Leben befähigen. Es soll eine freie Gesellschaft erstehen, die Vorrechte nicht kennt, auf Solidarität und Menschlichkeit beruht und die bestmögliche Gestaltung der Beziehungen von Mensch zu Mensch garantiert, so daß sich jeder Mensch an den Schönheiten des Lebens erfreuen kann.

Eine Ideologie haben wir nicht nötig; was wir aber brauchen, das sind *Ideen*. Die Grundsatztreue wird es uns gestatten, gegenüber neuen Ideen und Erkenntnissen aufgeschlossen zu sein und größte Beweglichkeit in der Wahl der Mittel zu erreichen, ohne uns dadurch der Gefahr eines Abgleitens in den Opportunismus auszusetzen. In einer rasch sich ändernden Welt sind geistige Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit unbedingt erforderlich. Die Sozialdemokraten müssen die von der modernen Wissenschaft und Technik gebotenen Möglichkeiten unvoreingenommen prüfen und, wo dies zweckmäßig ist, zur Verwirklichung ihrer Ziele verwenden. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise daran erinnert, daß wir heute dank den Fortschritten auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften eine Vielzahl von Mitteln und Methoden zur Lenkung und Beeinflussung des wirtschaftlichen Lebens zur Verfügung haben. Es wäre gewiß unsinnig, auf die Anwendung dieser neuen Erkenntnisse nur deshalb zu verzichten, weil sie nicht zum orthodoxen Instrumentarium sozialistischer Wirtschaftspolitik gehören.

Die *Gestaltung der Wirtschaftspolitik* zählt zweifellos zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Über die wirtschaftspolitischen Ziele des demokratischen Sozialismus heißt es in der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale: «Die unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele sozialistischer Politik sind Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrößerung des Wohlstandes, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen.» Zur Verwirklichung dieser Ziele sind wirtschaftliche Planung und eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft unerläßliche Voraussetzungen. – Auf die *Vollbeschäftigung* ist ganz besonders Wert zu legen; denn nur, wenn es gelingt, dauernde Vollbeschäftigung zu garantieren, wird die arbeitende Bevölkerung jenes Gefühl der Sicherheit erhalten, das ihr zu Beginn der industriellen Entwicklung so vollständig fehlte. Die Sozialdemokratie setzt sich für eine weitgehende Sicherung gegenüber den Wechselfällen des Lebens ein, weil jeder Mensch für die Entfaltung seiner Persönlichkeit ein Minimum an Sicherheit braucht. Nur dort, wo diese Sicherheit vorhanden ist, kann der Mensch sein Leben und seine Freizeit genießen, kann die Freizeit zur freien Zeit und diese zur

Muße werden. Und dann erst dürfte es möglich werden, daß sich das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zu seinen Mitmenschen, zu seiner Umwelt von Grund auf ändert.

An dieser Stelle ist auch einmal mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß sich das Verlangen nach Sicherheit nicht nur auf die breite Masse der Arbeitnehmer beschränkt. Heute tendiert jede Unternehmungs- und Betriebspolitik dahin, sich gegen alle Risiken möglichst weitgehend zu sichern. An dieser Tatsache vermögen die zahlreichen bürgerlichen Loblieder auf die sogenannte Risikobereitschaft des Unternehmertums nichts zu ändern.

Zur Erhaltung der Vollbeschäftigung ist eine zielbewußte Politik der wirtschaftlichen Expansion erste Voraussetzung. Die ständige Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität schafft aber nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sie dient auch der Mehrung des materiellen Wohlstandes, woran die Sozialdemokraten selbstverständlich größtes Interesse haben. Die Sozialdemokraten wollen größeren Wohlstand, sie wollen aber ganz besonders, daß alle an diesem Wohlstand teilhaben. Dies ist ein altes sozialdemokratisches Postulat, das dem Wunsche nach Gerechtigkeit und Gleichheit entspringt. Durch die Redistribution der Einkommen und Vermögen soll eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes erreicht werden.

Das Streben der Sozialdemokratie darf sich allerdings nicht auf die Vergrößerung und gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes beschränken, denn Wohlstand allein macht nicht glücklich. Allzuoft geht ja materielles Wohlergehen mit jenem unausgesprochenen und unaussprechbaren Unbehagen, das einer inneren Leere entspringt, Hand in Hand; allzuoft führt das bloße Streben nach vermehrtem Wohlstand zu einer Geringschätzung und Vernachlässigung der rein menschlichen Belange. Diese Gefahr gilt es zu erkennen.

Es ist eine natürliche Folge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, daß sich die Sozialdemokratie, je mehr es gelingt, die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, desto eingehender um das seelische und geistige Wohlergehen der Menschen zu kümmern hat. Damit verschiebt sich der Schwerpunkt der Tätigkeit der SPS mehr und mehr von der Sozialpolitik zur *Kulturpolitik*, die wir hier im weitesten Sinne verstehen wollen. Die Schaffung von kulturellen Einrichtungen ist eine wichtige Aufgabe der Kulturpolitik, weil diese Einrichtungen dazu beitragen können, das zu verwirklichen, was der eigentliche Zweck der Kulturpolitik ist: die geistige Befreiung des Menschen, seine Entfaltung zum schöpferisch tätigen und verantwortungsbewußt lebenden Menschen.

Wenn ich auf die wachsende Bedeutung der Kulturpolitik hingewiesen habe, dann heißt das noch lange nicht, daß wir in unserem Lande etwa schon die Grenze der sozialpolitischen Entwicklung erreicht hätten. Allein auf dem Gebiete der traditionellen staatlichen Sozialpolitik sind noch manche

Verbesserungen möglich. (In diesem Zusammenhang sei lediglich an die notwendige Ergänzung des Systems der Sozialversicherung durch die Einführung der Invalidenversicherung und der Mutterschaftsversicherung erinnert.) Größere Aufmerksamkeit verdienen in Zukunft ganz besonders jene sozialpolitischen Aufgaben, die direkt mit der täglichen Arbeit der Erwerbstätigen zusammenhängt. Es sind vor allem die *Probleme des Arbeitsplatzes*, denen wir mehr als bisher Beachtung schenken sollten.

Die Sozialdemokraten wollen nicht nur jedem Arbeitswilligen Arbeit verschaffen, sondern auch eine Beschäftigung, die seinen speziellen Fähigkeiten und persönlichen Neigungen entspricht. Und weiter: es soll durch die bestmögliche Gestaltung des Arbeitsplatzes – sowohl der sachlichen Bedingungen als auch der menschlichen Beziehungen – der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen Rechnung getragen werden. Normalerweise bildet die berufliche Arbeit einen entscheidenden Bestandteil des menschlichen Lebens. Allein schon aus diesem Grunde kann es nicht gleichgültig sein, unter welchen psychischen und physischen Bedingungen gearbeitet wird. Der Arbeiter bringt die Probleme und Konflikte seines privaten Lebens mit zur Arbeit; andererseits haben die mannigfachen Geschehnisse rund um den Arbeitsplatz unmittelbare Rückwirkungen auf die private Sphäre und beeinflussen unvermeidlich die Freizeit und das Familienleben. Ich glaube, es läßt sich nicht bestreiten, daß am Arbeitsplatz viele Unstimmigkeiten, Spannungen, Rivalitäten, Reibereien und Streitigkeiten entstehen, die meistens mehr oder weniger stark unterdrückt werden müssen und dann zwangsläufig nach Arbeitsschluß zum Ausdruck kommen. Wenn wir die Menschen befähigen wollen, ein volles und freies Leben zu führen, wenn wir wollen, daß die Menschen Muße finden, um zu sich selbst zu kommen, dann müssen wir auch unser möglichstes tun, damit nicht die menschlichen Konflikte am Arbeitsplatz eine solche Entwicklung verhindern.

Es geht um die Schaffung einer besseren menschlichen Atmosphäre am Arbeitsplatz, um das Verhalten der Arbeitnehmer untereinander und die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Dort, wo sich Menschen zu wirtschaftlicher Betätigung zusammenfinden, entsteht eine Zweckgemeinschaft, aus der sich meistens eine nicht mehr nur zweckgebundene Gemeinschaft entwickelt; diese ist so zu ordnen, daß ein gutes Zusammenwirken und Zusammenleben möglich wird. Eine vernünftige Regelung der *Mitbestimmung der Arbeitnehmer* würde sicher zu einer Verbesserung der sozialen Beziehungen im Betrieb beitragen. Die Mitbestimmung könnte die Voraussetzungen für ein besseres gegenseitiges Verständnis schaffen und damit das Arbeitsleben auf eine gesündere Basis stellen, wenn auch der grundsätzliche Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern niemals verschwinden wird.

Zum Abschluß sei noch auf eine der wichtigsten Aufgaben der Sozial-

demokratie auf internationalem Gebiet hingewiesen: die *Unterstützung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder*. Seit jeher war es das Bestreben der sozialistischen Bewegung, dort Hilfe zu leisten, wo die Not am größten ist. Heute ist die Not in den unterentwickelten Gebieten Asiens, Afrikas und Südamerikas am größten. Diesen Völkern in ihrem Kampf für ein besseres Leben beizustehen, muß deshalb eines der dringendsten Anliegen des demokratischen Sozialismus sein. Dies geht auch aus der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale hervor, die darauf hinweist, daß in ungeheuren Gebieten der Welt Millionen Menschen von Krankheit heimgesucht werden und in tiefster Armut, Not und Unwissenheit leben. «Armut in einem Teil der Welt ist eine Bedrohung des Wohlstandes in den anderen. Armut hemmt die Entwicklung zur Demokratie. Demokratie, Wohlstand und Frieden erfordern eine Neuverteilung des Weltreichtums und eine Erhöhung der Produktivität in den wirtschaftlich unentwickelten Gebieten. Es liegt im Interesse aller Völker, den materiellen und kulturellen Lebensstandard in diesen Gebieten zu steigern.» Die englische Labour Party hat erklärt, eine Arbeiterregierung würde 1 Prozent des Volkseinkommens zur Verbesserung des Lebensstandards der unterentwickelten Länder und Völker verwenden. Die schweizerische Sozialdemokratie sollte nicht zögern, eine ähnliche Verpflichtung für unsere reiche Schweiz anzuerkennen und zu fordern.

EMIL KLÖTI

Die Wiedervereinigung der Basler Halbkantone

Vorbemerkung

Die Bundesversammlung, die sich vor elf Jahren mit der Frage der Wiedervereinigung beider Basel zu befassen hatte, wird sich demnächst erneut mit ihr beschäftigen müssen. Voraussichtlich werden auch in absehbarer Zeit die Stimmberechtigten der ganzen Eidgenossenschaft zur Urne gerufen werden, um in der Sache einen endgültigen Entscheid zu treffen. Es ist daher wünschenswert, daß nicht nur die Basler, sondern auch die Angehörigen der andern Kantone das Problem studieren und zu ihm Stellung nehmen. Leicht ist das freilich nicht. Denn zur Unkenntnis der lokalen Verhältnisse kommt hinzu, daß die Angelegenheit durch eine Unzahl sich widersprechender Rechtsauffassungen von Behörden und Gutachtern so kompliziert gemacht worden ist, daß man sich in ihr fast nicht mehr zurechtfindet. Wir wollen trotzdem versuchen, darzulegen, wie sich das Problem für den nicht direkt interessierten Eidgenossen stellt.